Der Erreger lebt weiter

Ein Jahr nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers streiten die Regierungen der Welt über die richtigen Lehren aus der Krise. Doch je mehr sich die Wirtschaft erholt, desto mehr erlahmt der Wille zu tiefgreifenden Reformen. Viele Banker machen schon wieder weiter wie zuvor.

An der Wall Street geht alles schneller. Das Gewinnen, das Verlieren und auch das Vergessen.

An der Seventh Avenue in New York, zwischen der 49. und 50. Straße, deutet heute nichts mehr darauf hin, dass hier bis vor einem Jahr die Investmentbank Lehman Brothers ihre Geschäfte betrieb.

Das digitale Laufband, das die Hausfassade noch immer umschlungen hält, wurde umprogrammiert, von Vergangenheit auf Zukunft, von grün auf blau, von Lehman Brothers auf Barclays Capital, wie der neue Eigentümer heißt. Die Finanzwelt hasst Verlierer.

158 Jahre lang hatte das von drei deutschen Auswanderern gegründete Geldhaus existiert. Es überlebte den amerikanischen Bürgerkrieg, zwei Weltkriege, die Große Depression und den Terroranschlag vom 11. September 2001.

Die Bank war von klein auf groß emporgeschossen und dann in wilden Schüben von groß auf zu groß. In der Nacht von Sonntag auf Montag, den 15. September, brach das Traditionshaus zusammen.

Zum Schluss fanden sich in den Büchern mehr Risiken als Vermögenswerte. Die Gier der Banker war größer als ihr Verstand. Die branchenübliche Mischung aus Brillanz und Arroganz, aus Ehrgeiz und Größenwahn erwies sich als tödlich.

Investmentbanker sind bekannt für ihre verrückten Ideen. So glaubten die Mitarbeiter bis zum Schluss an das Unmögliche, weshalb sie in jener dramatischen Nacht George Walker bestürmten, den Präsidenten im Weißen Haus anzurufen.

Walker ist nicht nur ein Lehman-Veteran, damals Chef der Vermögensverwaltung, sondern vor allem der Cousin von Präsident George W. Bush. „Du musst ihm klarmachen, was passiert, wenn sechs Billionen Dollar in CDS, 30 Milliarden an Hebelkrediten, 40 bis 60 Milliarden an Hypothekenpapieren auf Wohnimmobilien und noch mal 30 bis 40 in Papieren auf Gewerbeimmobilien mit einem Schlag in die Luft fliegen", beschwor ihn ein Kollege.

Walker griff zum Hörer. Er rief im Weißen Haus an und sagte: Ich muss den Präsidenten sprechen, ich bin sein Cousin.

Die Telefonistin bat um Geduld, der Cousin und seine Kollegen fieberten am anderen Ende der Leitung. Die Telefonistin meldete sich schließlich zurück. Sie klang freundlich. Der Präsident sei im Moment nicht zu sprechen, sagte sie.

Damit war auch die letzte verrückte Idee von Lehman Brothers gescheitert. Aus einer Immobilienkrise wurde über Nacht ein Weltfinanzbeben.

Der Tod einer Investmentbank galt bis zu jener Morgenstunde des 15. September 2008 als undenkbar. Götter sterben nicht.

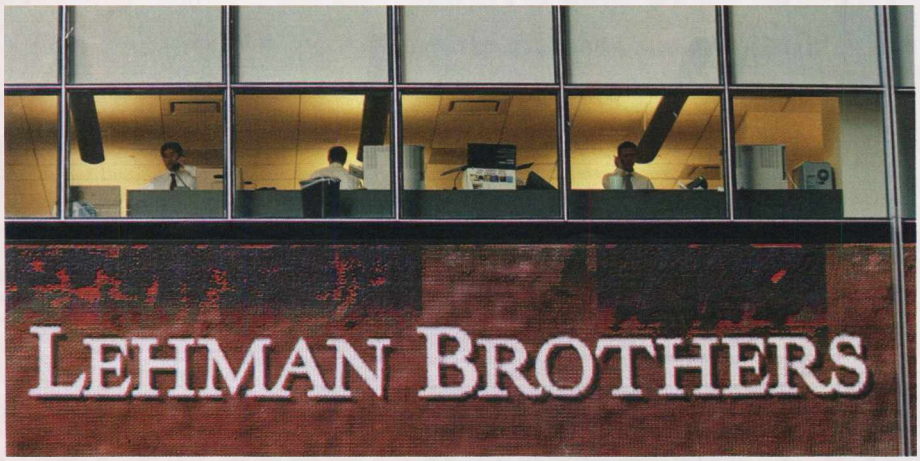
So wirkte die Pleite von Lehman Brothers für alle im Finanzdistrikt wie ein Schock. Die Herren des Geldes erstarrten, der Geldfluss geriet ins Stocken. Im Zentrum der Weltfinanz begann ein Herzflimmern, das die Beteiligten allein nicht mehr unter Kontrolle bringen konnten. Die Gier hatte sich in Angst verwandelt. Den eben noch Leichtsinnigen zitterten plötzlich die Hände.

Es zeigte sich, dass die Mächtigen der Finanzwelt die Risiken, die sich aufgetürmt hatten, nicht tragen konnten. Es zeigte sich vor allem, dass sie keine realistische Einschätzung dieser Risiken besaßen.

„Bear Stearns' Bilanz, Liquidität und Kapitallage sind weiterhin stark", sagte Alan Schwartz, der Vorstandschef der Bank, 2008, anderslautende Gerüchte seien „absolut lachhaft", versicherte auch Bear-Stearns-Aufsichtsrat Alan Greenberg.

HORST FRIEDRICHS / ANZENBERGER (R.); JOHN MUNSON / CORBIS (U.)

Anti-Banken-Proteste in London am 28. März: *Ist*



Lehman-Brothers-Zentrale in New York am 15. September 2008: *Gier und Größenwahn*

der Kapitalismus nicht bloß ein störanfälliges, sondern auch ein lernfähiges System?

Rund eine Woche später musste die Investmentbank mit Hilfe üppiger Staatshilfen an den Konkurrenten JPMorgan Chase verkauft werden.

Es gebe keine systemischen Risiken im Weltfinanzsystem, sagte Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann zuletzt im Sommer 2008. Wenig später implodierte Lehman.

Selbst der Chef von Lehman Brothers spürte offenbar bis zuletzt nicht den inneren Druckabfall in seinem Unternehmen. Noch gut eine Woche vor der Pleite lehnte er den Einstieg einer koreanischen Bank ab – das Angebot schien ihm zu niedrig.

Ein Jahr ist seit jener dramatischen Nacht im September vergangen, als Lehman Brothers endgültig zusammenbrach. Die Beteiligten haben Geschichte geschrieben – und zwar das düsterste Kapitel der Wirtschaftsgeschichte seit der Großen Depression vor 80 Jahren.

Die Welt erlitt seither einen Wohlstandsverlust in Höhe von geschätzten mindestens 15 Billionen Dollar, das entspricht in etwa dem 35fachen des deutschen Bundeshaushalts. Ganze Staaten – vorweg Island, aber auch Ungarn und Lettland – standen vor dem Zusammenbruch. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat notleidenden Ländern mittlerweile doppelt so viel Geld zugesagt wie in der Asien-Krise Mitte der neunziger Jahre.

Die soziale Krise setzte mit Verzögerung ein, dann aber mit umso größerer Unbarmherzigkeit. Weltweit verloren 59 Millionen Beschäftigte ihren Job, allein in den USA waren es bis zu 850 000 pro Monat. Auch in Deutschland wird – wenn nach der Abwrackprämie auch das Kurzarbeitergeld ausläuft – mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet.

Die unterlassene Hilfeleistung für Lehman Brothers gilt heute gemeinhin als letzter schwerer Fehler der an Fehlern reichen Ära von George W. Bush. Danach aber wurden Regierung und Notenbank hyperaktiv. Sie verstaatlichten Banken, sie übernahmen wertlose Immobilien, sie pumpten so viel Geld in ihre Volkswirtschaft wie nie zuvor in der Geschichte. Allein in Amerika stellten Notenbank und Regierung bislang zur Rettung der Volkswirtschaft rund elf Billionen Dollar bereit, das entspricht etwa dem Wert

HANNELORE FÖRSTER / ECOPIX

Banken in Frankfurt am Main
Die Geschäfte laufen wieder rund

aller US-Unternehmensgewinne in diesem Jahrhundert.

Die Schockwellen des Weltfinanzbebens sind auch deshalb in den vergangenen Monaten schwächer geworden. Es grummelt zwar weiter im Innern der Weltwirtschaft. Aber der Zusammenbruch jeglicher Wertschöpfung konnte verhindert werden. Bislang jedenfalls.

Die entscheidenden Fragen aber lassen sich nach den hektischen Monaten des Krisenmanagements noch nicht abschließend beantworten. Welche Lehre hat die Welt aus dem Beinahekollaps der Finanzmärkte gezogen? Ist der Kapitalismus nicht bloß ein störanfälliges, sondern auch ein lernfähiges System?

Die Lehman-Pleite wirkte ja gerade deshalb so schockierend auf das Finanzsystem, weil hier das weiße und nicht das schwarze Schaf der Übeltäter war. Lehman war das Symbol für den Standard, war Regel und nicht Ausnahme im amerikanischen Casino-Kapitalismus.

Deshalb ist die Frage nach den Spielregeln so bedeutsam. Werden sie nicht grundlegend geändert, kann die Welt schon morgen wieder am Abgrund stehen. Ein zweites Beben, eine erneute Druckwelle aus dem Innern der Finanzindustrie würde vieles dahinraffen, womöglich auch den Glauben an die Durchsetzungskraft gewählter Politiker gegenüber mächtigen Wirtschaftsinteressen.

Über die Krisenursachen besteht ein Jahr danach weitgehend Einigkeit: Zu große Banken bekamen zu leicht zu viel Geld, mit dem sie zu sorglos umgingen. Und deshalb wissen die Regierungen auch genau, was zu tun wäre: Die Banken brauchen mehr Eigenkapital, ihre Geschäfte müssen transparent sein, diese dürfen nicht außerhalb der Bilanz in sogenannten Zweckgesellschaften versteckt werden.

Und dann sollen auch noch die Boni der Banker begrenzt und an den langfristigen Erfolg gekoppelt werden. Bisher belohnen sie den kurzfristigen Gewinn und fördern damit ein extrem risikoreiches Verhalten.

Doch wie diese Erkenntnisse in konkrete Vorschriften umgesetzt werden sollen, darüber wird derzeit heftig gerungen. Die Vertreter der 20 wichtigsten Volkswirtschaften suchen nach Kompromissen, bevor sich ihre Regierungschefs in der nächsten Woche im amerikanischen Pittsburgh treffen. Dort wird sich zeigen, wie ernst es den Regierungen mit der Neuordnung der Finanzmärkte tatsächlich ist. Und ob die Eliten in New York und Washington, wo man traditionell von hochbezahlten Bankjobs in Regierungsämter wechseln kann, wirklich mitmachen.

Die Amerikaner haben von jeher eine natürliche Aversion gegen jede Form der Regulierung. Unter ihrem Präsidenten Barack Obama zeigen sie sich in den Verhandlungen jedoch außergewöhnlich kooperativ. Er und sein Finanzminister Timothy Geithner stehen allerdings unter massivem Druck der Wall-Street-Lobby. Und auch die amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) unter ihrem Chef Ben Bernanke ist keineswegs begeistert von vielen Regulierungsvorschlägen.

Seit vergangener Woche gibt es noch einen mehr. Da schlug Finanzminister Peer Steinbrück zusammen mit SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier überraschend vor, eine globale Finanzmarktsteuer einzuführen. Damit sollen alle Transaktionen auf den weltweiten Finanzmärkten belegt werden, Devisenumsätze genauso wie der Handel mit Derivaten oder Wertpapieren. Steinbrück erhofft sich daraus weltweite Einnahmen in dreistelliger Milliardenhöhe.

Auf diese Weise sollen nach den Vorstellungen der beiden SPD-Politiker auch Banken, Versicherungen und Fonds einen Beitrag leisten, um die Folgen der internationalen Finanzkrise zu bewältigen. „Die Kosten der Krise dürfen am Ende nicht allein bei kleinen und mittleren Steuerzahlern hängenbleiben", sagte Steinmeier der „Süddeutschen Zeitung", und Steinbrück ergänzte, das „Komasaufen" auf den Finanzmärkten müsse ein Ende haben.

Der Finanzminister kündigte zudem an, sich für diese sogenannte Tobin-Steuer in in Pittsburgh einzusetzen. Das ist insofern überraschend, als dieser Vorschlag in den bisherigen Sitzungen zur Vorbereitung des G-20-Treffens mit keinem Wort erwähnt wurde.

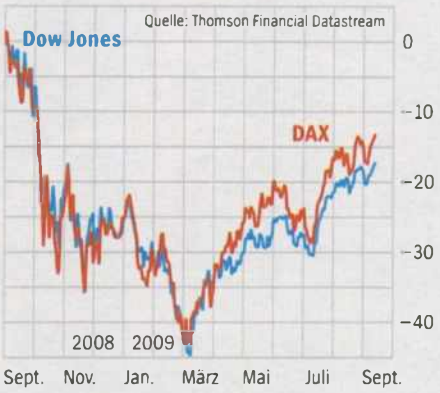
Steinbrück war in der Vergangenheit stets gegen eine solche Steuer. Sie gilt als wachstumsfeindlich, weil sie alle Finanztransaktionen gleichermaßen verteuert – auch solche, die volkswirtschaftlich unverzichtbar und überhaupt nicht spekulativ sind. Außerdem macht die Steuer nur Sinn, wenn sie überall auf der Welt eingeführt wird, weil sonst der komplette Handel mit Finanzprodukten abwandern würde.

Transatlantisches Trauma

Folgen der Lehman-Pleite in Deutschland und den USA

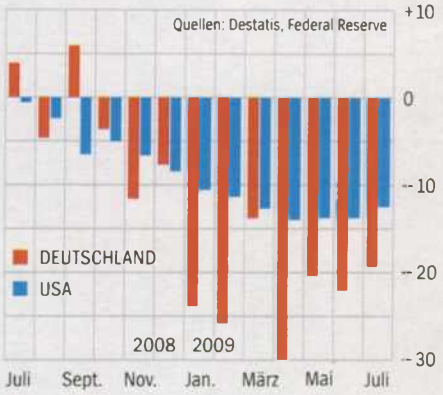
Aktienindizes

Veränderung in Prozent
bezogen auf den 1. Sept. 2008



Industrieproduktion

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent

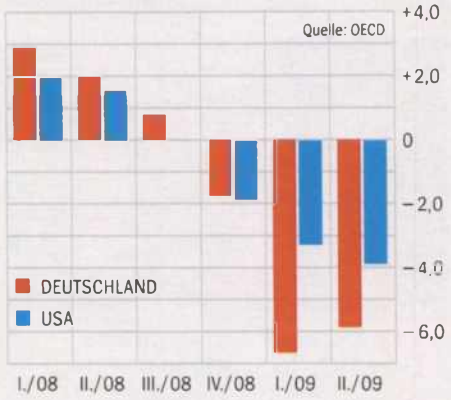


RAINER JENSEN / PICTURE ALLIANCE / DPA

Koalitionspartner Merkel, Steinbrück
Meinungswandel mitten im Wahlkampf

Arbeitslosigkeit
in Prozent aller ziviler Erwerbspersonen; nach nationaler Definition

Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



DER SPIEGEL

Die Chancen für eine Umsetzung sind deshalb gleich null – als Wahlkampfthema könnte der Vorschlag dennoch zünden. Und so ließ Bundeskanzlerin Angela Merkel prompt erklären, sie werde prüfen, ob die Spekulationssteuer international eine Chance habe.

Für Pittsburgh kommt der Vorschlag aber auf jeden Fall zu spät.

Was dort tatsächlich beschlossen wird, bleibt abzuwarten. Ob die Maßnahmen allerdings ausreichen, erscheint fraglich. Zentrale Ursachen der Krise sind bislang völlig tabu.

Die Geldpolitik beispielsweise spielt in den bisherigen Vorschlägen keine Rolle – obwohl die Überschwemmung der Märkte mit billigem Geld durch die Notenbanken in den vergangenen 15 bis 20 Jahren dazu geführt hat, dass eine Blase nach der anderen entstehen und platzen konnte.

Und auch die Frage, wie man mit Banken umgeht, die so groß sind, dass sie nicht untergehen dürfen, wird erst seit wenigen Wochen diskutiert. Viele Banken sind durch Zusammenschlüsse nach der Lehman-Pleite sogar größer als zuvor – und damit noch systemrelevanter.

Dabei hat es am guten Willen nicht gemangelt – zumindest nicht in den ersten Monaten nach der Lehman-Pleite.

Er wolle mithelfen, dass sich „die womöglich schlimmste Krise in der Geschichte des Finanzkapitalismus“ nicht wiederhole, sagte Lord Adair Turner, der Chef der Londoner Börsenaufsicht. Die Wettbewerbsfähigkeit der City sei aus seiner Sicht „kein wichtiges Ziel“, jedenfalls nicht wichtiger als die Rettung der Welt.

Selbst Amerika war für einige Momente demütig geworden. Viele der Absolventen der Harvard Business School, einer Kaderschmiede des Kapitalismus, legten öffentlich einen Ethik-Eid ab: Künftig wollten sie dem großen Ganzen dienen, nicht nur ihren eigenen Interessen.

Obama schien der richtige Präsident zur richtigen Zeit. „Der Kapitalismus wird sich ändern“, versprach sein Finanzminister Geithner. Wir alle müssen uns ändern, ergänzte der Präsident: „Eine Kultur der Unverantwortlichkeit hat sich entwickelt, die von Wall Street über Washington bis in unser Alltagsleben reicht.“ Der Präsident entschuldigte sich im Frühjahr beim Finanzgipfel in London vor der Weltöffentlichkeit für Amerikas Fehler.

Bankenaufseher, Zentralbanker und Politiker machten sich in den Folgemonaten an die Arbeit, das Übel bei der Wurzel zu packen. Alle Finanzprodukte in allen Ländern sollten reguliert werden. Es sollte keine blinden Stellen im Finanzsystem mehr geben wie Tochtergesellschaften riesiger Banken auf den winzigen Bahamas. Frühwarnsysteme sollten installiert werden, eine weltweite Börsenaufsicht.

In Europa wünschte man sich gar einen Weltwirtschaftsrat, der, wie im Vorgriff auf die Weltregierung, das Geschehen der globalen Wirtschaft im Auge zu behalten habe.

Russlands Premier Wladimir Putin sprach aus, was auch viele Politiker im Westen denken: „Nicht einzelne Personen haben verantwortungslos gehandelt, sondern das System selbst ist verantwortungslos. Es darf keine Rückkehr zu den alten Zuständen geben.“

So sehen es wohl 99 Prozent der Menschheit. Aber das wird nicht reichen, den Finanzkapitalismus zu zähmen. Jetzt müssen grundlegende Reformen umgesetzt werden, und das fällt umso schwerer, je mehr Zeit verstreicht. Vieles spricht dafür, dass die Welt durch die Finanzkrise zwar ärmer, aber nicht unbedingt klüger wurde.

Die Geschäfte im Finanzsektor laufen erneut rund, seit die Regierung für die hohen Risiken bürgt. Es gibt deshalb viele an der Wall Street, die am liebsten weitermachen würden wie bisher. Sie sehen keinen Reformbedarf mehr, schon gar nicht, wenn es um die Höhe der eigenen Bezahlung geht. Bab, rufen sich die Händler in New York augenzwinkernd zu: Bonuses are back!

Die Ampel für eine strenge Bankenregulierung ist von Grün auf Gelb umgesprungen. Der Schwung für einschneidende Maßnahmen ist dahin, fürchten ranghohe IWF-Mitarbeiter, darunter auch ihr Chef Dominique Strauss-Kahn (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 118).

In Pittsburgh wollten Amerikaner und Europäer ihren Bürgern im Jahr eins nach Lehman beweisen, was sie alles gemeinsam hinbekommen. Sie wollten zeigen, dass sie zu Schlussfolgerungen fähig sind, auch wenn sie für die Mächtigen im Finanzgewerbe unbequem sind.

Die Europäer jedenfalls werden mit den besten Absichten und dicken Vorschlagsmappen anreisen. Eifrig arbeiten Notenbankchefs und Finanzminister der euro-

JUSTIN SULLIVAN / GETTY IMAGES (L.); MARIO VEDDER / GETTY IMAGES (U.L.); EVAN KAFKA (U.R.)

Arbeitssuchende vor einer Jobmesse in San Francisco: *„Kultur der Unverantwortlichkeit"*

Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank

Josef Ackermann:

„Die Banken setzen die Lehren aus der Krise Schritt für Schritt um. Schwerpunkt dieser Reformen ist das Risikomanagement: Die gewohnten Modelle werden gründlich überarbeitet, Stresstests intensiver eingesetzt. Die Banken haben ihr Eigenkapital erhöht, die Fremdfinanzierung ihrer Geschäfte abgebaut, ihre Liquiditätspuffer verstärkt, die Abhängigkeit von kurzfristigen Geldern verringert und die Strukturen von Forderungen und Verbindlichkeiten noch mehr miteinander in Einklang gebracht. Überkomplexe Finanzprodukte sind zugunsten mehr standardisierter und transparenter Produkte aus dem Angebot verschwunden. Die Leitlinien für die Kundenberatung wurden überarbeitet, und besonders für Verbriefungen und Derivate entstehen derzeit übersichtlichere und solidere Marktinfrastrukturen. Nicht zuletzt passen die Banken aber auch ihre Vergütungsmodelle an. Ziel ist dabei, die Vergütung noch besser am nachhaltigen Erfolg und den längerfristigen Interessen der Aktionäre auszurichten."

Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs

Lloyd C. Blankfein:

„Die Bezahlung von Mitarbeitern sorgt für kontroverse Diskussionen. Anreize können zu Exzessen führen, wenn sie falsch gesetzt werden. Und es gibt wohl keine Rechtfertigung für die Zahlung überhöhter Boni, wenn eine Bank Verlust gemacht hat. Die notwendige Verbesserung von Anreizstrukturen ist allerdings kein Allheilmittel gegen unzureichendes Risikomanagement. Nicht wenige Finanzinstitute hatten Vermögenswerte in Milliardenhöhe in ihren Büchern. Oft behielten sie diese, weil sie nicht wussten, dass es sich um hochgefährliche Instrumente handelte. Diese Institute und ihre Mitarbeiter hatten die Folgen zu tragen. Nach solchen Schocks besteht verständlicherweise der Wunsch, unser Regulierungssystem zu reformieren. Wir sollten jedoch überlegen, was wir mit Regulation erreichen wollen. Es wird faktisch unmöglich und für die wirtschaftliche Entwicklung schädlich sein, jegliches Risiko zu eliminieren. Risikomanagement und Fair-Value-Bewertung sind wichtige Lehren aus der Krise."

päischen Staaten seit Monaten an deutlich strengeren Regeln für die Weltfinanz.

Auch im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, in dem mittlerweile 27 Länder vertreten sind, wurden Mitte Juli erstaunlich detaillierte Regeln verabschiedet, die bis Ende des Jahres 2010 in nationales Recht umgewandelt werden könnten. Insbesondere für riskante Finanzprodukte sollen die Banken demnach mehr Eigenkapital vorhalten. So soll die Verbriefung von Immobilienkrediten in unübersichtlichen Paketen, die in der Finanzkrise eine verhängnisvolle Rolle spielte, für die Finanzinstitute deutlich teurer und damit deutlich unattraktiver werden. In dem Ausschuss sitzen Vertreter der Bundesbank und der Bankenaufsicht BaFin. Dort ist man stolz auf die Fortschritte. Vor zwei Jahren, heißt es im Umfeld von Bundesbank-Präsident Axel Weber, wäre vieles davon undenkbar gewesen.

So könnten, wenn das Regulierungswerk Wirklichkeit wird, die Kreditinstitute gezwungen werden, in guten Zeiten Kapitalpolster anzulegen, von denen sie in schlechten Zeiten zehren können, ohne gleich dem Staat zur Last zu fallen.

In diesem Punkt ist auch Deutsche-Bank-Chef Ackermann auf der Seite der Reformer. „Die Bankenindustrie hatte zu wenig Kapital und einen zu hohen Verschuldungsgrad. Wir haben uns fast nackt ausgezogen, da waren kaum noch Reserven vorhanden", sagte er in der vergangenen Woche auf einem Bankenkongress in Frankfurt.

Doch werden die Vereinigten Staaten das mittragen? Den Experten im Berliner Bundesfinanzministerium ist nicht entgangen, dass die Bereitschaft zur Reform im Gleichschritt mit der wirtschaftlichen Erholung abnimmt. Angela Merkel weiß, dass ihre Erfolgsaussichten in Pittsburgh am größten sind, wenn ein vereintes Europa sich gegen die Amerikaner verbündet.

Ihr natürlicher Partner, beispielsweise bei der Begrenzung der Bonuszahlungen, heißt Nicolas Sarkozy. Zusammen mit dem französischen Präsidenten hat die Kanzlerin kurz vor dem G-20-Finanzministertreffen am vorvergangenen Wochenende einen Brief verfasst und auch den britischen Premier Gordon Brown als Unterzeichner gewonnen. Darin fordern sie, die Boni der Banker zu begrenzen.

Brown war bisher der größte Bremser der G-20-Staaten, wenn es um mehr Regulierung ging. Doch im gemeinsamen Brief, der sich formal an die schwedische EU-Ratspräsidentschaft, in Wahrheit aber an die Regierung Obama richtet, sind sich die Deutsche, der Brite und der Franzose einig: Sie verlangen ein Verbot von Garantiebonuszahlungen, mit denen sich die Investmentbanker selbst dann die Konten füllten, wenn sie ihre Banken an den Rand des Ruins spekuliert hatten.

Für Brown, dessen Volkswirtschaft wie kaum eine andere am Tropf der Banken hängt – und in den fetten Jahren davon reichlich profitierte –, sind das eigentlich ketzerische Ideen. Noch als Finanzminister hatte er die Londoner Investmentbanker als moderne Helden gefeiert.

An seiner Ernsthaftigkeit, sich wirklich in Pittsburgh für eine Reform der Bankgehälter einzusetzen, muss gezweifelt werden. Browns Finanzminister Alistair Darling hat bereits erste Bedenken gegen die Forderungen des eigenen Premiers erhoben. Eine „globale Gehaltspolitik" sei nicht umsetzbar, sagte er dem „Independent".

Es ist für die Briten – wie auch für die Amerikaner – nicht leicht, die Finanzarchitektur der Londoner City oder der Wall Street zu reformieren, ohne den Wohlstand zu riskieren, den diese Finanzzentren in besseren Tagen erzeugten. Noch 2008 war der US-Finanzsektor für rund 40 Prozent der amerikanischen Unternehmensgewinne verantwortlich. In der Londoner City werden 70 Prozent aller internationalen Anleihen gehandelt und knapp die Hälfte der Aktien. Im Jahr 2006 beschäftigte der Finanzsektor 6,5 Millionen Briten, sie erwirtschafteten 10,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Bei zu starker Regulierung, das ist jedenfalls die Befürchtung, könnte ein Teil des Geschäfts nach Shanghai, Hongkong oder sogar Moskau auswandern.

Wer die Reformverweigerer verstehen will, muss Lawrence McDonald sprechen. Der ehemalige leitende Lehman-Mann hat schon einen neuen Job, bei einer Investmentfirma mit schickem Büro direkt an der Madison Avenue.

Er will da weitermachen, wo er aufgehört hat. Aufhören musste! Denn in seiner Welt haben Lehman-Pleite, Bankenkrise und Massenarbeitslosigkeit mit ihm und seinen Kollegen nichts zu tun.

Wenn sie sich zur kleinen Alumnifeier treffen, werden sie Fragen wie diese besprechen: Wer hat ihnen das eingebrockt? Wieso hat man ihren Boss so lange gewähren lassen?

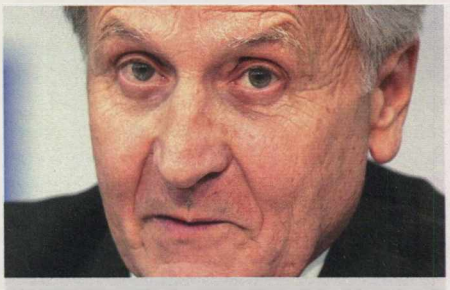
McDonald fragt nicht: Was haben wir getan? Er sagt „der", nicht „ich". Er klingt wie ein Überlebender, nicht wie ein Täter. „Fakt ist doch", sagt er, „acht Leute haben eine Einrichtung ruiniert, in der mehr als 20 000 Mitarbeiter gute Arbeit gemacht und Geld verdient haben."

Der 31. Stock war schuld, der meist unsichtbare Über-Boss, der seinen Fahrer kurz vor Ankunft im Hauptquartier anrufen ließ, damit der Fahrstuhl bereits gerufen und geöffnet werden konnte.

Die Händler hatten doch lange schon gewusst, dass der Immobilienboom auf Sand gebaut war. Spätestens als sie merkten, dass viele der neuen Kunden nicht einmal die erste Rate bedienen konnten, obwohl das Land boomte. Da wussten sie, dass die Vertreter draußen im Lande nur

NICHOLAS ROBERTS / AFP (R.); ULRICH BAUMGARTEN / VARIO IMAGES (U.L.); JÜRGEN FRANK (U.R.)

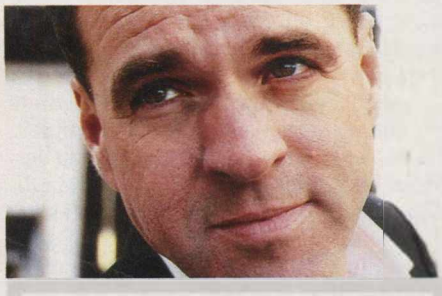
Demonstration an der Wall Street in New York: *Die falsche Lektion gelernt*



Präsident der Europäischen Zentralbank

Jean-Claude Trichet:

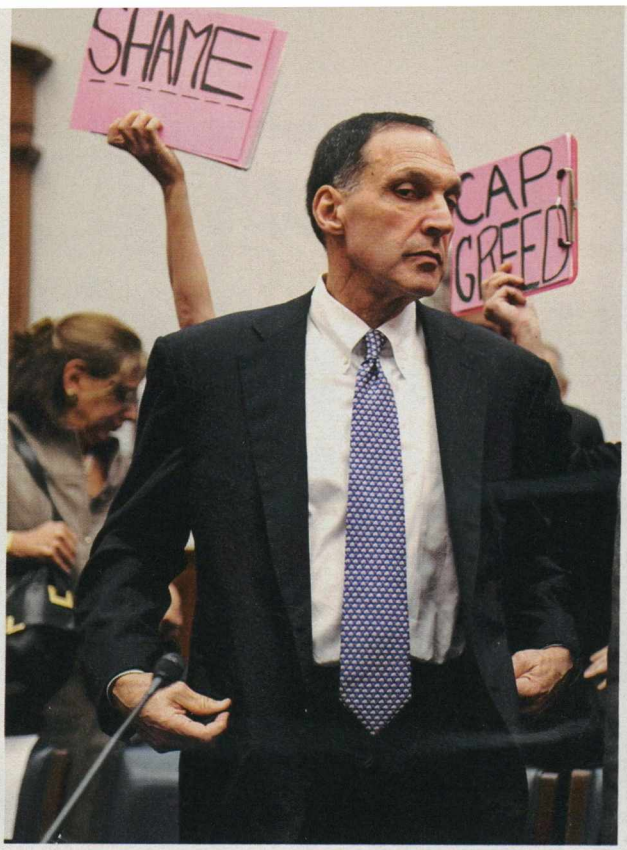
„Europa hat schnell und mutig auf die Krise reagiert. Die Europäische Zentralbank hat ihre Fähigkeit zu raschem und entschlossenem Handeln unter Beweis gestellt, in völligem Einklang mit ihrem vorrangigen Auftrag, Preisstabilität zu gewährleisten. Der Euro hat einen unverzichtbaren Beitrag geleistet, die Auswirkungen der Krise zu vermindern. Was das globale Finanzsystem betrifft, so müssen wir seine Widerstandsfähigkeit stärken, übermäßiges Kurzfristdenken abbauen und für volle Transparenz sorgen. Wir müssen insbesondere gegen solche Faktoren vorgehen, die übermäßige Schwankungen nach oben wie nach unten verstärken. Vergütungssysteme müssen längerfristigen Zielsetzungen Rechnung tragen und dürfen exzessive Risikobereitschaft nicht belohnen. Die allgemeine Wirtschaftspolitik sollte übergroße binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, wie sie der Krise zugrunde lagen, vermeiden und sich auf die Förderung eines nachhaltigen Wohlstands ausrichten."



Historiker an der Harvard-Universität und Autor

Niall Ferguson:

„Trotz vieler Diskussionen über Regulierung wird man sich dem größten Fehler in unserem Finanzsystem wohl nicht widmen. Er lässt sich in einem Satz ausdrücken: ‚too big to fail' – die Banken sind zu groß, um unterzugehen. Leider gibt es keinen Hinweis darauf, dass Politiker in den USA oder Europa den ernsthaften Wunsch haben, das Existenzrecht dieser Institute in Frage zu stellen. Auch die Medien begreifen das Wesentliche nicht. Die Menschen beschäftigen sich lieber mit Gehältern von Bankern, weil es leicht zu verstehen ist, dass der Goldman-Sachs-Chef Lloyd Blankfein 2000-mal mehr verdient als der Durchschnittsbürger. Aber das ist nicht die Ursache des Problems. Die Banken, die zu groß sind, um unterzugehen, können wahnsinnige Summen zahlen, weil sie den Lohn der Risiken einheimsen, ohne die Kosten zu tragen: das Risiko pleitezugehen. Solange sie existieren, wird das internationale Finanzsystem nicht mehr sein als eine Parodie eines wirklich freien Marktes."



Lehman-Brothers-Chef Fuld Jr., Banknotendruckerei in Washington, Notenbank-Chef Greenspan, designierter Präsident Bush 2000: *Ohne eine*

noch armen Schluckern Hypotheken aufschwatzten, die sich auch die günstigen Hauskredite niemals werden leisten können.

Aber haben er und seine Kollegen diese Kredite nicht in Wertpapiere verwandelt, das Risiko so lange gestückelt und neu verpackt, bis das Risiko nicht mehr wie ein Risiko aussah, sondern wie ein Schatzkästchen?

Na gut, sagt McDonald, ein paar mehr als die acht an der Spitze werden es wohl gewesen sein: „Lass es tausend Leute sein, aber es war eine kleine Gruppe."

Er und die meisten seien jeden Abend erschöpft von der Arbeit nach Hause gegangen. Und zu viel verdient hätten sie auch nicht. 500 000 Dollar plus Aktien ist für so einen die Regel. Das ist nicht viel in New York, finden die Banker.

Die Regierung Obama könnte McDonalds Verbündeter werden, wenn auch wider Willen. Der neue Präsident braucht seine Kräfte derzeit im Kampf für eine Gesundheitsreform. Er hat die Pharmalobby gegen sich, die Ärzte, die Republikaner und neuerdings auch eine Mehrheit der Wähler.

Einen zweiten Frontabschnitt in der Innenpolitik kann er sich derzeit nicht leisten. Ein weiterer Gegner mit wirtschaftlicher Durchschlagskraft ist ein Gegner zu viel. Zumal die Wall-Street-Größen einen Großteil seines Wahlkampfs finanziert haben. Und der nächste steht vor der Tür.

Obama versteht die Europäer und ihre Sorgen. Er redet zuweilen wie ein Europäer. Aber die Frage ist, ob er derzeit durchsetzen kann, was sie von ihm verlangen. Wahrscheinlich kann er nicht mal das durchsetzen, was er selbst von sich verlangt.

Er braucht neue Arbeitsplätze, neue Steuereinnahmen, neue Zuversicht, um seiner ins Stocken geratenen Präsidentschaft neuen Schwung zu verleihen. Neue Regeln für die Finanzindustrie sind von der Prioritätenliste des Weißen Hauses nicht verschwunden, aber nach hinten gerutscht.

Obamas Erklärung im Vorfeld des Gipfels klang, als wolle er in Pittsburgh das offizielle Ende der Finanzkrise erklären. Die Industrieproduktion überall in den 20 führenden Industriestaaten habe sich stabilisiert oder wachse sogar. Der Welthandel expandiere. Die Belastungen des Finanzsystems seien deutlich gesunken, die US-Banken würden wieder das nötige Kapital einsammeln. Die heimliche Überschrift der Erklärung, die am vergangenen Dienstag in Washington verteilt wurde, hieß: Entwarnung.

Dabei wurde die Krise bisher nur verlangsamt, nicht gestoppt. Der Krankheitserreger steckt weiter im System. Die staatlichen Hilfsgelder wirken wie Antibiotika. Sie unterdrücken die zerstörerische Wirkung des Erregers. Aber sie heilen nicht.

Die Notenbanker der Federal Reserve in Washington, der Fed, halten daher wenig von den Siegesfanfaren der Politiker. Es bestehe ein „erhebliches Risiko, dass es zu weiteren Kreditausfällen" komme, sagt einer aus dem obersten Führungskreis der Bank im Schutze der Anonymität. Der Chef der Federal Reserve Bank of Atlanta, Dennis Lockhart, mahnt sogar öffentlich zur Zurückhaltung. „Wir sollten darauf verzichten, jetzt schon den Sieg zu erklären."

Die Gefahr ist nicht vorbei, insistiert auch IWF-Chef Strauss-Kahn. Ein Stresstest des IWF, intern „Early Warning Exercise" genannt, hat in einer Computersimulation weitere Bankenpleiten und einen weiteren Wachstumseinbruch unterstellt.

Das Ergebnis fiel schockierend aus. Irland, viele Staaten Osteuropas und auch Großbritannien würden demnach eine zweite Welle im Weltwirtschaftsbeben nicht aus eigener Kraft überstehen. Sie müssten um internationale Hilfe bitten.

Für den ohnehin angeschlagenen Premier Gordon Brown wäre das das unrühmliche Ende seiner Amtszeit. Nun drängen die Briten innerhalb der Führungsgremien des IWF darauf, bei derartigen Stresstests nicht mehr einzelne Länder zu benennen.

Auch die US-Notenbank kennt den Ausgang dieses Tests. Die Experten wissen um die Labilität im Fundament der Finanzwelt. Auch deshalb versucht man den Eindruck zu entkräften, die Welt könne zur Normalität zurückkehren.

Aus der jüngsten Sitzung der amerikanischen Notenbanker drangen, wohl nicht ganz zufällig, alarmierende Sätze nach draußen: Die Volkswirtschaft der USA sei weiterhin durch Schocks verletzbar, hat einer gesagt. Bernanke und die anderen Notenbankgouverneure beschlossen, auf unbestimmte Zeit den Zinssatz bei 0,00 bis 0,25 Prozent zu belassen. Billiges Geld ist das Ersatzblut, falls es wieder zu Kreislauf-Störungen kommt.

Die staatliche Federal Deposit Insurance Corporation hat erklärt, dass sie inzwischen 416 Finanzinstitute, das sind 111

SHAWN THEW / DPA (L.); GETTY IMAGES (M.); AP (R.)

ständige Ausweitung der Geldmenge hätte die Spekulationswelle nicht entstehen können

mehr als im Vorquartal, als „Problembanken" einschätze. Diese Zahl ist die höchste seit 15 Jahren, als in Amerika schon einmal eine Bankenkrise wütete.

Die bisherige Krisenbekämpfung, das zeigt sich zunehmend, hat enorme Nebenwirkungen. Sie verhinderte zwar den Zusammenbruch der Weltwirtschaft, aber zugleich hat sie neue Gefahren hervorgebracht und bestehende verstärkt. Womöglich wird es im historischen Rückblick heißen: Die Krise des Jahres 2008 wurde dadurch bekämpft, dass man die nächste Krise vorbereitete.

365 Tage nach der Lehman-Pleite ist die Welt noch immer ein gefährlicher Ort. Die Bankbilanzen sind weniger denn je ein Spiegel der Wirklichkeit.

Nach IWF-Berechnungen haben die Banken erst rund ein Drittel der wertlos gewordenen Werte aus den Bilanzen entfernt. Das Kursfeuerwerk an den Börsen beruht damit zum Teil auf Phantasiewerten.

Die Regierung unterstützt die Bilanzretusche. Die Finanzaufseher verzichten derzeit darauf, die gültigen Bilanzierungsregeln zu vollziehen. Vor allem die Auflage, möglichst alle Wertpapiere in der Bilanz mit aktuellen Marktpreisen zu bewerten, wurde stillschweigend suspendiert.

Denn die Preissenkungen durch die Krise führten in den ersten Monaten nach der Lehman-Pleite zu immer weiteren Wertberichtigungen in den Bilanzen, die ihrerseits weitere Verkäufe von Wertpapieren nach sich zogen.

Diese Todesspirale gefährdete immer mehr Banken. Erst als die Bilanzregeln de facto ausgesetzt wurden, entstand eine Art Stabilität – wenn auch eine trügerische.

Zurzeit können die Banken mit Unterstützung der Aufseher so kreativ wie selten zuvor ihre Risiken bilanzieren. „Die Feuerlöscher wirkten wie Brandbeschleuniger", urteilt Martin Hellwig vom Max-Planck-Institut in Bonn.

Auch das Gewicht der einzelnen Großbanken ist im Zuge der Krise größer, nicht kleiner geworden. Viele Institute sind verschwunden, etliche schlüpften unter das Dach der Branchenriesen.

„Too big to fail", zu groß, um pleitegehen zu können, war vor Ausbruch der Krise ein Problem für die Stabilität der Weltfinanzarchitektur. Das Problem ist seither noch gewachsen. Die Krise hat die Großen größer gemacht.

Der Trend zur Konzentration hält an – ermuntert von der US-Regierung, die eigens Kartellvorschriften für Übernahmen aushebelte, um den Kauf kranker Institute zu ermöglichen.

Die Bank Wells Fargo erwarb das Institut Wachovia, bisher Nummer vier im US-Markt, und verwaltet damit 138 Prozent mehr Aktiva als vor der Krise. Nach der Übernahme von Bear Stearns und Washington Mutual hat JPMorgan Chase seine Bilanzsumme um 39 Prozent erhöht. Die Bank of America verdoppelte diese, indem sie sich Countrywide und Merrill Lynch einverleibte. „Das Oligopol hat sich verfestigt", sagt Mark Zandi, Chefökonom von Moody's Economy.com.

Damit haben die größten Geldhäuser der Welt mehr noch als vor der Krise jene kritische Masse erreicht, bei der es – wie in einem Atommeiler – zu unkontrollierten Kettenreaktionen kommen kann. Bricht eines dieser Geldhäuser zusammen, reißt es nicht nur den Finanzsektor in den Abgrund, sondern die Wirtschaft mehrerer Länder gleich mit. Kein Staat kann es sich leisten, solch einen Riesen stürzen zu lassen. Fed-Chef Bernanke weiß, warum: „Wenn der Elefant fällt, wird auch das Gras zerquetscht."

Werden die größer gewordenen Großen diesmal vorsichtiger sein? Haben sie aus der Krise gelernt?

Sie haben gelernt, aber die falsche Lektion. Der Fall Lehman Brothers wirkt für die Großen im Rückblick weniger erschreckend, fast sogar beruhigend. Einen zweiten Fall Lehman wird es nicht geben. Das wissen sie nun. Der Staat wird keinen mehr fallenlassen. Im Fall der Fälle hat eine große Wall-Street-Bank Zugriff auf die Staatskasse der USA. Voraussetzung ist, dass man als „systemisches Risiko" gilt.

Diese Erkenntnis ist für die Großbanken wie eine Lebensversicherung, zugleich aber auch eine Ermunterung zum Leichtsinn. „Moral hazard" nennen das die Experten, weil sich plötzlich derjenige rational verhält, der hohe Risiken eingeht. Der Gewinn ist immer der Gewinn der Bank. Existenzbedrohende Verluste aber werden von der Staatskasse beglichen. Genau darin bestand die Rettung der Banken in dieser Finanzkrise. Genau darin besteht aber auch das Risiko einer noch größeren Verwerfung.

Bundesbank-Präsident Weber würde die Großen daher gern verpflichten, mehr Eigenkapital vorzuhalten. Sie wären ge-

genüber kleineren Banken damit benachteiligt, aber das scheint die einzige Möglichkeit, die Sehnsucht nach Größe im Zaum zu halten.

Der Weber-Vorschlag ist nicht revolutionär, aber vernünftig. Und dennoch stößt er auf massive Widerstände bei manchen Betroffenen. Die Wall Street hat ihre Lobbyisten bereits in Richtung Washington losgeschickt.

Die Einflüster-Industrie dürfte ohnehin als Gewinner aus dem Desaster an der Wall Street hervorgehen. 2008 haben Firmen in den USA 3,3 Milliarden Dollar für Lobbying ausgegeben, mehr als doppelt so viel wie vor zehn Jahren. Besonders gut im Geschäft: Demokraten-nahe Lobbyingfirmen wie die von Tony Podesta, dem Bruder von John Podesta, der für Obama den Übergang ins Weiße Haus managte.

Geld und Politik sind in den USA eng verbandelt. Senator Chris Dodd aus Connecticut, der im Senat den für die Finanzregeln zuständigen Ausschuss leitet, hat allein im vorigen Jahr wieder eine Millionensumme an Wahlkampfzuwendungen eingesammelt – vor allem aus dem Finanz- und Bankensektor, den er nun an die Leine nehmen soll.

Die Beschränkung der Größe einer Bank wäre für die Wall Street genauso schmerzhaft wie das Kappen der Boni. Denn die Vorstandschefs sind auf Wachstum eingestellt. Ihr Ehrgeiz, ihr ganzes Denken und oft eben auch ihre Bezahlung sind auf Wachstum fixiert.

Auch Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann hat sich in die Abwehr-Koalition gegen eine Größenbeschränkung für Banken eingereiht. „Große Banken sind nützlich für die Wirtschaft und die Unternehmen", schreibt er in einem Kommentar für die „Financial Times". Wie Deutschland, Europa oder die Weltwirtschaft den Ausfall eines großen Spielers verkraften können, schreibt Ackermann nicht.

Es muss zu denken geben, dass gerade die erfahrenen Finanzmarktexperten zu radikaleren Maßnahmen raten. Die Finanzgeschäfte seien über den Rahmen einer „sozial verantwortlichen Größe" hinaus gewachsen, mahnt Lord Adair Turner. Der Vorsitzende der britischen Finanzaufsicht kann sich sogar vorstellen, eine Sondersteuer auf Finanztransaktionen einzuführen. Das war schon immer eine Lieblingsidee von Oskar Lafontaine.

Idealerweise müssten die Großbanken entflochten werden, fordert beispielsweise der ehemalige Chefvolkswirt des IWF, Simon Johnson, der heute am Massachusetts Institute of Technology lehrt. „Alles, was zu groß ist bankrottzugehen", sagt er, „ist zu groß."

Der Hedgefonds-Guru George Soros hält es für nötig, bestimmte Geschäfte schlicht und einfach zu verbieten. Insbesondere die Kreditversicherungen, mit denen man im großen Stil gegen Unternehmen wetten kann, seien „giftig und dürften nur gegen Rezept genehmigt werden".

ILMARS ZNOTINS / AFP

Anti-Regierungs-Proteste in Riga*: *Ganze Staaten standen vor dem Zusammenbruch*

Obwohl der Markt für diese Kreditversicherungen schrumpft, stecken immer noch 27 Billionen Dollar in diesen hochriskanten Papieren. Die Regulatoren versuchen die Zähmung des Biests. Ob das gelingt, zeigt sich immer erst an dem Tag, an dem der Markt verrücktspielt.

Über eine Bank allerdings, die für das Entstehen der Krise maßgeblich verantwortlich war, wird unter Experten weltweit gesprochen. Diese Bank sitzt in Pittsburgh sogar mit am Tisch der Regierungschefs.

Ohne ihre Rolle ist die Finanzkrise nicht zu verstehen. Diese Bank firmiert nicht an der Wall Street, sondern in Washington. Die Federal Reserve, die amerikanische Notenbank, ist eine der großen und zweifellos mächtigsten Institutionen Amerikas mit zwölf Regionalbanken und mehr als 16000 Mitarbeitern, nur drei Querstraßen vom Weißen Haus entfernt.

Sie bestimmt die Leitzinsen, macht Vorgaben für das Kreditgeschäft, beaufsichtigt die Banken und stellt sicher, dass das amerikanische Finanzsystem immer zahlungsfähig ist. Viele sehen in ihr den Retter in Zeiten des Weltwirtschaftsbebens, weil sie giftige Vermögenswerte aufkaufte, Banken Geld zur Verfügung stellt und die Zinsen niedrig hält, um Firmen das Investieren zu erleichtern.

Doch die Federal Reserve spielte vor allem bei der Entstehung der Krise die zentrale Rolle. Sie stellte das zusätzliche und vor allem billige Geld zur Verfügung, das die Phantasie der Wall-Street-Banker anregte. Ohne die ständige Ausweitung der Geldmenge des Dollar hätte eine Spekulationswelle wie die im Immobilienmarkt der USA nicht entstehen können.

Damit ihr keiner so genau über die Schulter schaut, wird seit 2006 die Zahl der Geldmenge, unter Experten M3 genannt, geheim gehalten. Unabhängige Institute müssen sie seither mühsam schätzen.

Diese Schätzungen melden einen steilen Anstieg. Seit dem Beschluss zur Geheimhaltung hat sich die Wachstumsrate der Geldmenge zeitweise verdreifacht. Allein im vergangenen Jahr stieg sie um bis zu 17 Prozent. Zum Vergleich: Der Geldumlauf in Europa erhöhte sich im selben Zeitraum um nur sechs Prozent.

Die Fed ist damit in das Geschäft des „money creating" eingestiegen, der wundersamen Geldschöpfung. Dieses Geld landete schließlich im überhitzten Immobilienmarkt der USA. Die Fed hat die Krise, die sie heute bekämpft, mitverursacht.

Im Mittelpunkt der Anklage steht heute Alan Greenspan, der Mann, der die Notenbank über 18 Jahre lang führte. Er wurde der erste Popstar der Ökonomie, ein lebender Mythos, der erste Wirtschaftsfachmann, der es 1975 auf den Titel von „Newsweek" schaffte.

Greenspan wurde das Gesicht einer neuen Zeit, in der sich die Wirtschaft von den Regulierungen des Staats befreite. Greenspan schaffte es sogar, Präsident Bill Clinton dazu zu bewegen, das entscheidende Schutzgesetz für Sparer und kleine Firmen, den sogenannten Glass-Steagall-Act, abzuschaffen, der Geschäftsbanken und Investmentbanken voneinander trennen sollte, um eine allzu große Verflechtung der Branche zu verhindern. Damit riss er die bis dahin bestehende Mauer ein und beschleunigte die schicksalhafte Verflechtung der Banken, die ab 2007 in die Krise führte.

* Am 13. Januar.

ERIC FEFERBERG / AFP

Staatschefs beim G-20-Treffen in London*: *Der Reformeifer erlahmt*

Beim Entstehen der Finanzkrise war vor allem Greenspans Niedrigzinspolitik entscheidend. Denn der wichtigste Preis einer jeden Marktwirtschaft ist der Preis des Geldes. Der Zins, der von den Notenbanken festgelegt wird, entscheidet, ob das Geld für die Kreditnehmer teuer, billig oder gar umsonst ist.

Greenspan machte niedrige Zinsen zu seinem Markenzeichen. Er senkte den Zinssatz von 8 Prozent im Jahre 1990 auf 3,5 im Jahr 2001, und als Terroristen am 11. September 2001 das World Trade Center in New York zum Einsturz brachten, reduzierte er die Leihgebühr bis zum Jahr 2003 nochmals auf ein Prozent.

Angesichts einer Inflationsrate von zwei bis drei Prozent gab es Geld für die Banken damit kostenlos. Das war die Aufforderung zum Tanz. Die Geldverleiher ließen sich nicht zweimal bitten. Selbst das „Wall Street Journal" sprach von „stimulativem Overkill".

„Ninja-Kredit" haben die Banken ihre neuen Hauskredite in der Folgezeit genannt: Ninja stand für: No income, no job, no assets – kein Einkommen, kein Arbeitsplatz, keine Wertgegenstände beim Kreditnehmer. Der Anteil an Wackelkrediten – in den USA Subprime genannt – stieg von 5,4 Prozent in 2001 auf 20 Prozent in 2006.

Ein Jahr nach Greenspans Ablösung im Januar 2006 durch Ben Bernanke begann der Immobilienmarkt zusammenzubrechen, eine der größten Blasen der US-Geschichte platzte und mit ihr das Erbe einer Ära, an der Kritik bis heute nur zögerlich geübt wird.

Bernanke setzt im Zeichen der Krise dieselbe Niedrigzinspolitik fort, die sein Vorgänger in Zeiten des Booms propagierte. Und weil das nicht reicht, werden Staatsanleihen in Billionenhöhe ausgegeben. Und weil es dafür nicht genug Käufer gibt, kauft die Fed eben ihre eigenen Papiere. Damit ist die Notenbank eines der am schnellsten wachsenden Unternehmen der USA, um sagenhafte 144 Prozent hat die Bilanzsumme 2008 zugelegt.

Bundeskanzlerin Merkel war bisher die einzige Regierungschefin, die es wagte, das Heiligtum der US-Politik an den Pranger zu stellen. Sie hatte in einer Rede in Berlin Kritik an der lockeren Geldpolitik und an den massiven Ankäufen eigener Staatsanleihen geübt, was ja nichts anderes bedeutet, als die Gelddruckmaschine anzuwerfen.

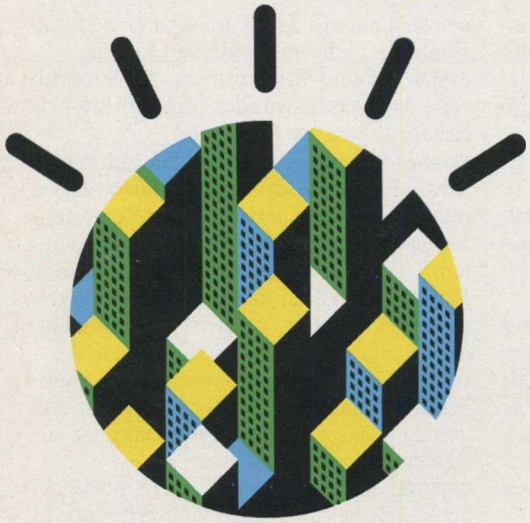
Die Kanzlerin mahnte die Rückkehr zu einer „unabhängigen Notenbankpolitik" und einer „Politik der Vernunft" an. Sie gab an, die Politik der Fed „mit großer Skepsis" zu betrachten.

Bernanke wies die Kritik aus Berlin kühl zurück; Merkel verstehe wohl das Ausmaß der Krise nicht so ganz.

Doch die Debatte wird nun auch in Pittsburgh geführt werden, freilich ohne die Fed beim Namen zu nennen. Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben sich darauf verständigt, von den Amerikanern eine „Ausstiegsstrategie" zu verlangen.

Europa will wissen, wann die USA aufhören, ihre Verschuldung in aberwitzige Höhen zu treiben. Europa will auch wis-

* US-Präsident Barack Obama, Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi und der russische Präsident Dimitrij Medwedew am 2. April.



Ideen für einen smarten Planeten

Städte, die uns das Leben leichter machen.

Bis 2050 werden 70 % der Weltbevölkerung in Städten leben. Wenn die urbanen Infrastrukturen mit diesem Ansturm Schritt halten sollen, müssen wir sie intelligenter gestalten. Zum Beispiel, indem wir Städte als komplexe Ökosysteme begreifen und die Infrastrukturen für Verkehr, Wasser, Abfall, Verwaltung, Sicherheit, Energie miteinander vernetzen. Davon profitieren alle Aspekte der Lebensqualität – von sauberer Luft über staufreie Straßen bis zur Schulbildung unserer Kinder. Es ist, mit einem Wort, smart. Welchen Beitrag IBM dazu leistet, erfahren Sie unter **ibm.com/think/de/city**

THINK

IBM, das IBM Logo und ibm.com sind Marken oder eingetr. Marken der International Business Machines Corp. in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Andere Namen von Firmen, Produkten und Dienstleistungen können Marken oder eingetr. Marken ihrer jeweiligen Inhaber sein. © 2009 IBM Corp. Alle Rechte vorbehalten. O&M IBM L 48/09

sen, wann die Notenbank die Dollar-Flut wieder einzudämmen gedenkt. Denn die Krisenbekämpfer aus Washington sind drauf und dran, selbst zum systemischen Risiko zu werden.

Die deutsche Bundeskanzlerin bekommt in Kürze Verstärkung. Der Filmregisseur Oliver Stone will „Wall Street 2" drehen – erneut mit Michael Douglas in der Hauptrolle. Diesmal will er die Fed ins Zentrum seines Kinofilms rücken. Die Banken seien wichtig, die Notenbank aber sei das „Bollwerk des Systems", sagte er in der vergangenen Woche bei einer Begehung der Drehorte.

Die, um die es im Film, in Pittsburgh und im wahren Leben geht, sind derweil zur Normalität zurückgekehrt, zu ihrer Normalität. Die Party an der Wall Street geht weiter. Der Bonus-Pool der US-Banken war 2008 so prall gefüllt, als wäre gar nichts passiert.

Neun der großen Boni-Zahler spendierten ihren vermeintlichen Leistungsträgern mehr als 32 Milliarden Dollar. Diese Banken erhielten gleichzeitig Hilfe vom Staat. Das Volk empfindet das als schamlos, die Investmentbanker nennen es „smart".

Goldman-Sachs-Chef Lloyd Blankfein hat seine Banker immerhin gebeten, beim Geldausgeben diskret vorzugehen. Doch so recht mag das nicht gelingen.

Kürzlich, bei einer „Fashion meets Finance"-Fete, bei der hübsche Mode-Mädchen sich reiche Banker angeln sollen, war die Schlange vor dem Club Nikki Beach in Midtown Manhattan wieder lang. Auf der Einladung stand triumphierend: Die Panik nach der Krise habe dazu geführt, dass ein heißes Mode-Girl auf einmal sogar mit einem Pharmavertreter liebäugelte. Aber das sei zum Glück wohl vorbei: Bald schon wieder kann ein Mädchen darauf hoffen, dass ein Finanzjongleur es zu einer „Tennis Mom" macht – die sich aufs Geldausgeben konzentrieren kann.

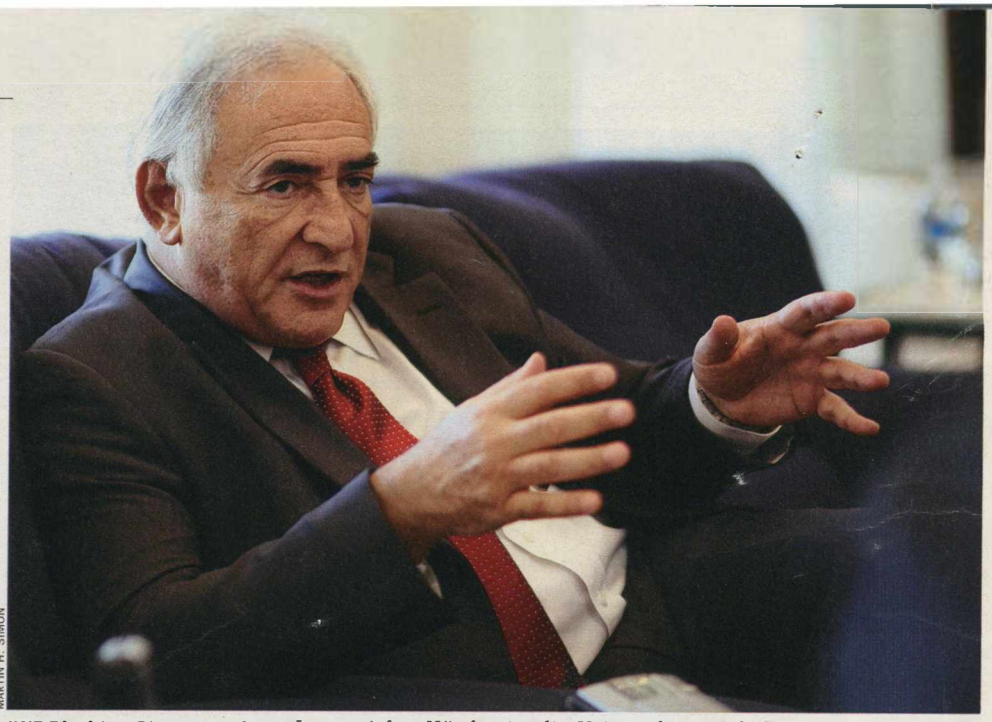
Der ehemalige Lehman-Banker Lawrence McDonald freut sich schon auf das Jahrestreffen mit den Ex-Kollegen. Dann wird er wohl auch ihnen seinen Reformvorschlag präsentieren, auf den er so stolz ist.

Er findet nämlich, es sollte mehr Bonuszahlungen geben, nicht weniger. „Man muss den Leuten in den staatlichen Aufsichtsbehörden auch Leistungsanreize zahlen", sagt er, „damit mal ein paar gute Jungs dahin gehen."

Bisher würden die Kontrolleure im Jahr nur rund 100 000 Dollar verdienen. „Manche Banker verdienen so viel in zwei Wochen. Da lachen die doch."

Da muss McDonald auch lachen. Seine Welt ist wieder in Ordnung. Wall Street ist groß im Vergessen.

BEAT BALZLI, SEBASTIAN BORGER, WOLFGANG HÖBEL, MARC HUJER, CHRISTOPH PAULY, WOLFGANG REUTER, MATTHIAS SCHEPP, GREGOR PETER SCHMITZ, GABOR STEINGART



MARTIN H. SIMON

IWF-Direktor Strauss-Kahn: *„In zu vielen Köpfen ist die Krise schon vorbei"*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Stärker als die Vernunft"

Der Chef des IWF, Dominique Strauss-Kahn, 60, über reformunwillige Politiker, gierige Banker und seine Idee, den Währungsfonds zur neuen Weltversicherung gegen Finanzkrisen zu machen

SPIEGEL: Herr Strauss-Kahn, am Tag nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers wurde die amerikanische Immobilienkrise zum Weltwirtschaftsbeben. Haben die Verantwortlichen aus den Ereignissen vom vergangenen September gelernt?

Strauss-Kahn: Ein paar Monate vor der Lehman-Brothers-Pleite lud der damalige US-Finanzminister Hank Paulson Top-Beamte und die Chefs einiger Investmentbanken zum Abendessen ein. Von Lehmans Problemen ahnte noch kaum jemand etwas, aber die Investmentbank Bear Stearns war bereits fast pleitegegangen. Die Probleme im Finanzsektor waren also schon erkennbar, und während des Essens sagte einer der Vorstandschefs: „Wir sind zu gierig gewesen. Deswegen brauchen wir strengere Regeln, um unsere Gier zu zähmen."

SPIEGEL: Klingt gut. Aber sind Sie sicher ...?

Strauss-Kahn: Ich weiß, was Sie fragen wollen: Nein, ich bin mir nicht sicher. Ich weiß nicht, ob der Mann das heute noch so sagen würde.

SPIEGEL: Die meisten Wall-Street-Banker scheinen wieder obenauf. Erneut werden Millionen-Boni für das schnelle Geschäft verteilt. Die Bankenwelt würde von der Politik am liebsten wieder in Ruhe gelassen werden.

Strauss-Kahn: Die menschlichen Schwächen sind nun mal stärker als die Vernunft.

SPIEGEL: Der Chef von Goldman Sachs hat kurz nach Ausbruch der Krise gesagt: Das war ein perfekter Sturm. Gegen einen perfekten Sturm kann man sich nicht schützen.

Strauss-Kahn: Das Bild von der Naturkatastrophe passt nicht. Die menschliche Gesellschaft ist keine Naturgewalt. Diese Finanzkrise war zwar eine Katastrophe, aber sie wurde von Menschenhand verursacht. Die Lektion, die es für uns alle zu lernen gilt, ist die: Selbst die Marktwirtschaft braucht Regeln, sonst kann sie nicht funktionieren. All diese Ideen zur Deregulierung – dass weniger Regeln immer besser sind und der Markt jedes Problem löst – lesen sich gut auf dem Papier, aber sie funktionieren nicht im wirklichen Leben.

SPIEGEL: Diese Erkenntnis hatte der deutsche Wirtschaftswunder-Minister Ludwig Erhard schon vor 60 Jahren.

Strauss-Kahn: Erhard ist ein deutscher Mythos, aber seine Ideen gewinnen weltweit immer mehr Anhänger. Es gibt heute sehr wenige Leute, die gar keinen Markt wollen. Und es gibt andererseits sehr wenige Marktwirtschaftler, die sich überhaupt keine Regeln wünschen. Es ist ja interessant, dass in der Krise alle Regierungen, konservative und sozialdemokratische, ähnliche Maßnahmen eingeleitet haben, von den nationalen Konjunkturpaketen bis zur Reform des Bankensektors.

SPIEGEL: Andererseits hat sich in der Wirklichkeit bisher nicht allzu viel verändert. In

SPENCER PLATT / AFP

Krisenland USA (Wandmalereien in Detroit): *„Der Finanzkrise folgt eine Sozialkrise“*

der amerikanischen Politik ist der Reformelan spürbar erlahmt.

Strauss-Kahn: Zu einem gewissen Grad teile ich Ihre Skepsis. Nur zu gut erinnere ich mich an den ersten Bericht zu Lehren aus der Krise. Das war beim G-7-Treffen im Frühjahr 2008, als die Probleme am Finanzmarkt schon erkennbar wurden. Mit dem Großteil der Reformvorschläge stimmten wir überein, aber 17 Monate später ist nur ein Teil davon umgesetzt. Das macht mir Sorgen, vor allem wenn ich an die Händler an der Wall Street denke.

SPIEGEL: Sie meinen, es gibt für die derzeit kaum Anreize, ihr riskantes Verhalten zu ändern?

Strauss-Kahn: Es nützt ja nicht viel, wenn Politiker, Akademiker oder Buchautoren ihre Lehren aus den Ereignissen ziehen, aber diese den jungen Händler in der Bank nicht erreichen. Ohne neue Regeln wird der zu seinem alten Verhalten zurückkehren. Er wird versuchen, größere Risiken einzugehen, um mehr Geld zu verdienen, weil am Ende das Risiko nicht sein Risiko ist und ein anderer für ihn haftet. Das ist genau das, was vor einem Jahr passiert ist.

SPIEGEL: Die derzeitige Art der Krisenbekämpfung schafft doch sogar neue Risiken. Jetzt wissen die Banker, dass die Regierung ihnen unter die Arme greift, wenn alles schiefläuft. Ökonomen nennen das „moral hazard“, den Anreiz zu rücksichtslosem Verhalten, weil es nicht bestraft wird. War die Pleite von Lehman daher als erzieherische Maßnahme nicht unverzichtbar?

Strauss-Kahn: Mit Blick auf den „moral hazard“ ist es wahrscheinlich die richtige Entscheidung, eine Bank fallenzulassen. Aber die systemischen Konsequenzen müssen berücksichtigt werden, und in diesem Fall waren sie dramatisch. Heute denken wohl die meisten Leute, dass es ein Fehler war, Lehman nicht zu retten.

SPIEGEL: Das aber bedeutet, beim nächsten Mal können sich Bankenvorstände erst recht darauf verlassen, dass der Staat für sie einspringt. Warum sollten sie also ihr Verhalten ändern?

Strauss-Kahn: Sie vergessen, dass viele Investmentbanker ihren Job verloren haben. Trotzdem stimme ich zu, dass die Vergütungssysteme im Finanzsektor überdacht werden sollen. Mich interessiert vor allem der Zusammenhang zwischen der Risikobereitschaft der Händler und den Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, also nicht so sehr die ethischen Fragen, auch wenn mich die als Bürger durchaus umtreiben. Aber sich nur die Vergütungen anzuschauen reicht nicht – die Eigenkapitalanforderungen im Bankensektor müssen erhöht werden.

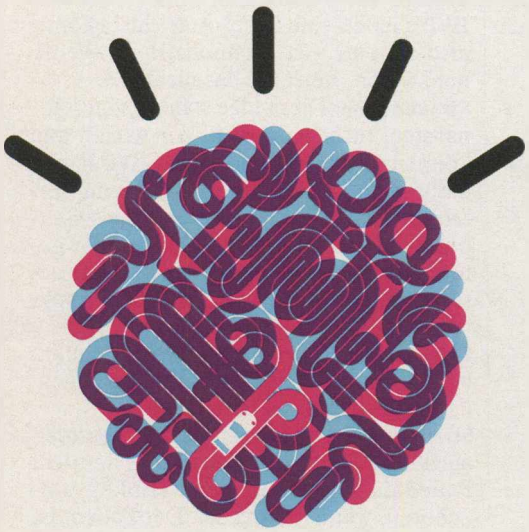
SPIEGEL: Ihre Bilanz ein Jahr nach der Lehman-Pleite fällt also eher pessimistisch aus.

Strauss-Kahn: Es wäre unfair zu sagen, es ist nichts passiert. Aber es ist richtig zu sagen, es ist nicht genug passiert. Ich hoffe, dass der G-20-Gipfel in Pittsburgh für neuen Schwung sorgen wird.

SPIEGEL: Sind Sie mit den Leistungen des IWF in der Krise zufrieden?

Strauss-Kahn: Der IWF hat drei verschiedene Aufgaben. Erstens sollte er als Frühwarnsystem funktionieren. Vor der Krise waren wir darin nicht so gut, wir haben nicht laut genug gewarnt.

SPIEGEL: Wäre es nicht ehrlicher zu sagen: Der IWF hat die Krise verschlafen?



Ideen für einen smarten Planeten

Straßen, die helfen, Staus zu verhindern.

Die Straßen von heute sind dem Verkehr nicht mehr gewachsen. Allein die Staus in der EU haben 2007 mehr als 135 Mrd. Euro gekostet, Umweltfolgen nicht mitgerechnet. Bevor wir nun immer neue Straßen bauen, sollten wir die vorhandene Infrastruktur besser und intelligenter nutzen: Zum Beispiel durch Verkehrsmanagement-Systeme, die Pendlerströme effizient steuern. Das reduziert Staus, Benzinverbrauch, Abgase. Und liefert Stadtplanern wichtige Hinweise für die Gestaltung der Städte von morgen. Es ist, mit einem Wort, smart. Welchen Beitrag IBM dazu leistet, erfahren Sie unter **ibm.com/think/de/traffic**

THINK

IBM, das IBM Logo und ibm.com sind Marken oder eingetr. Marken der International Business Machines Corp. in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Andere Namen von Firmen, Produkten und Dienstleistungen können Marken oder eingetr. Marken ihrer jeweiligen Inhaber sein. © 2009 IBM Corp. Alle Rechte vorbehalten. O&M IBM I. 48/09

DAVID HOGSHOLT / GETTY IMAGES

Einkaufsstraße in Shanghai: *„Wir müssen andere Wachstumsquellen finden“*

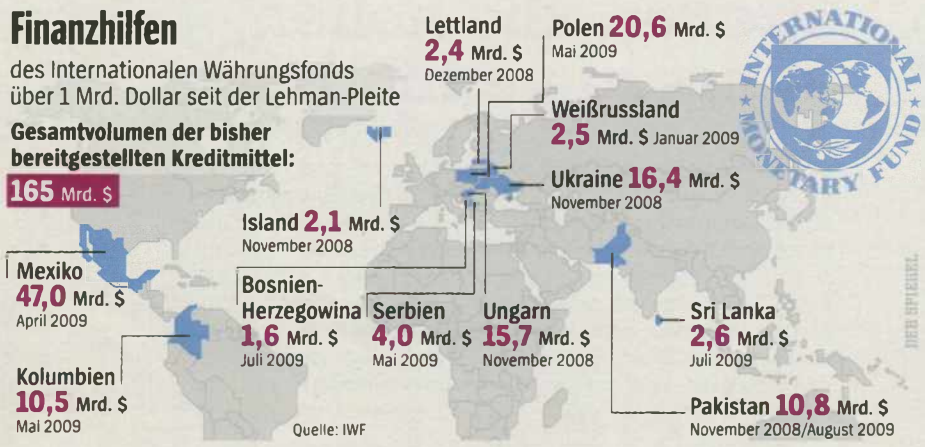
Strauss-Kahn: Nachdem die Dinge ins Rutschen geraten waren, hatte der IWF als erste Institution vorausgesagt, wie ernst es weltweit werden wird. Noch vor den Notenbanken und den wissenschaftlichen Instituten haben wir erkannt: Diese Krise wird sehr groß und sehr ernst. Damals wurde uns vorgeworfen, wir seien zu pessimistisch.

SPIEGEL: Und die zweite Aufgabe des IWF?

Strauss-Kahn: Die besteht darin, Empfehlungen an die Politiker zu geben. Da haben wir unseren Job erfüllt. Immerhin: Die beiden zentralen Antworten auf die Krise – Konjunkturpakete schnüren und die Neuordnung des Bankensektors, in einigen Fällen sogar die Verstaatlichung von Banken – kamen von uns. Sie waren umstritten, weil sie so viel Geld kosteten, aber wir haben uns durchgesetzt. Die dritte Aufgabe ist unsere klassische Funktion: Wir helfen Ländern, die in finanzielle Not geraten sind.

SPIEGEL: Hat der IWF genug Ressourcen, diese Helferrolle auch künftig auszufüllen?

Strauss-Kahn: Wir haben jetzt feste Zusagen von 500 Milliarden Dollar an zusätzlichen Mitteln. Unsere traditionelle Helferrolle in Krisen können wir damit ausfüllen – die allerdings immer umfangreicher wird, weil wir häufiger ganzen Regionen helfen müssen, nicht nur einzelnen Ländern. In der globalisierten Welt schwappen Krisen schneller über Landesgrenzen.



SPIEGEL: Wie viel von den in London zugesagten Geldern ist bereits ausgegeben?

Strauss-Kahn: Rund 165 Milliarden sind bereits in Not geratenen Ländern versprochen. Das ist das Doppelte dessen, was wir in der Asien-Krise Mitte der neunziger Jahre ausgezahlt haben.

SPIEGEL: Sie haben Sorge, der Fonds könnte zu schnell erschöpft sein?

Strauss-Kahn: Im Moment haben wir genug Geld. Aber in der Zukunft sehe ich eine andere, eine zusätzliche Verantwortung für den IWF. Für diese neue Verantwortung brauchten wir zusätzliche Ressourcen.

SPIEGEL: Worin soll diese neue Verantwortung bestehen?

Strauss-Kahn: In der Vergangenheit wollten viele Länder nicht auf den IWF angewiesen sein, weil ihnen dessen strenge Vorschriften nicht passten. Nach den Krisen in Asien und Lateinamerika horteten sie daher riesige Devisenreserven. Politisch kann ich das verstehen. Aber das ist schlecht für ihre eigene Volkswirtschaft und schlecht für die Weltwirtschaft, weil dieses Geld nicht arbeitet, sondern praktisch stillgelegt ist. Ein globales Sicherheitsnetz, das vom IWF koordiniert wird und Ländern in finanziellen Nöten aushilft, wäre wesentlich konstruktiver.

SPIEGEL: Sie denken an eine Art Weltversicherung gegen Weltfinanzkrisen?

Strauss-Kahn: Genau. Die Länder sollen in meiner Vorstellung nicht zu 100 Prozent versichert sein und auch nicht gar keine Reserven mehr besitzen. Aber es wäre sinnvoll, den IWF als globalen Retter in der Not einzusetzen. Das spart nationale Ressourcen und schafft Stabilität im System.

SPIEGEL: Und kostet zusätzliche Mittel. Wie viel Geld brauchen Sie für diese neue Aufgabe?

Strauss-Kahn: Sollten unsere Mitgliedstaaten diese Rolle für den IWF unterstützen, müsste man darüber diskutieren, wie viel an zusätzlichen Mitteln dafür nötig sind. Aber es wäre sicherlich erheblich mehr als unsere jetzigen Ressourcen.

SPIEGEL: Viele wünschten sich die Rolle des IWF eher als eine Super-Aufsichtsbehörde, also als eine Art Weltpolizist im Weltfinanzwesen. Reizt Sie das nicht?

Strauss-Kahn: Diese Idee stammt von Journalisten, nicht vom IWF. Wir wollen und können nicht Regeln festlegen. Wir haben dafür weder genug Leute noch genug Erfahrung. Ich sehe den Fonds nicht als Weltpolizisten, eher als einen Doktor. Wir geben dem Patienten Ratschläge, wie er gesund bleiben kann. Wird er doch krank, verschreiben wir Arznei.

SPIEGEL: Die Patienten, sprich die Staaten, lieben Ihre Arznei meist nicht sonderlich. Zu bitter, lautet das Urteil.

Strauss-Kahn: Das passiert echten Doktoren auch. Der Fonds ist oft der Arzt, der dem Patienten anrät, mit dem Trinken aufzuhören, weil er krank sei. Der Patient ist

darüber nicht glücklich, hört aber mit dem Trinken auf – und fühlt sich danach prompt furchtbar. Die Schuld daran gibt er dann dem Doktor.

SPIEGEL: Während der aktuellen Krise waren Sie allerdings ein bequemer Doktor. Trinkt noch etwas mehr, haben Sie dem Patienten USA geraten. Nehmt noch mal einen tiefen Schluck aus der Schuldenflasche.

Strauss-Kahn: Diesmal würde ich unsere Rolle und die der Regierungen eher mit der von Feuerwehrleuten vergleichen. Wir alle sahen, das Haus steht in Flammen. Da spritzten wir mit viel Wasser los. Natürlich müssen wir danach das Wasser wieder aufwischen. Aber lieber ein nasses Haus als ein abgebranntes Haus.

SPIEGEL: Haben Sie denn eine Idee, wie das Haus wieder trockengelegt werden kann, wie die Staatseingriffe wieder beendet werden sollen? Gibt es einen Rückzugsplan?

Strauss-Kahn: Ich stimme zu: Wir brauchen eine solche „exit strategy". Wir arbeiten auch daran. Aber ich widerspreche, wenn sich hinter der Frage die Aufforderung verbirgt, jetzt schon an deren Umsetzung zu denken.

SPIEGEL: Wie viele Billionen sollen die Regierungen denn noch in die Volkswirtschaften pumpen?

Strauss-Kahn: In zu vielen Köpfen – nicht nur denen von Bürgern, sondern auch von Top-Politikern – ist die Krise schon vorbei. Dieses Denken ist gefährlich. Die weltweite Wirtschaftskrise dauert weiter an, auch wenn Deutschland und Frankreich im zweiten Quartal ein paar gute Zahlen vorgelegt haben. Die Arbeitslosigkeit wird dessen ungeachtet mindestens ein Jahr lang weiter steigen. Mitte 2010 wird sie am höchsten sein. Der Finanzkrise folgt also nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Sozialkrise, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat.

KEVIN LAMARQUE / REUTERS

Präsident Obama, Notenbank-Chef Bernanke
„Es ist nicht genug passiert"

SPIEGEL: Aber die Frage bleibt: Wie sieht der Rückzug des Staats aus? Bekommen Notenbanken und Finanzminister das viele zusätzliche Geld wieder raus aus dem Geldkreislauf, bevor eine weltweite Inflation die Ersparnisse und die Kaufkraft von Milliarden Menschen zerstört?

Strauss-Kahn: Wir müssen die Liquidität, die jetzt zusätzlich in den Markt gepumpt wird, wieder abziehen. Daran besteht kein Zweifel.

SPIEGEL: Aber wie?

Strauss-Kahn: Wahrscheinlich wird eine Kombination aus steigenden Zinsen und einem Ende der direkten Eingriffe der Notenbanken nötig sein.

SPIEGEL: Oder wird Inflation von Ihnen und anderen stillschweigend in Kauf genommen? Bekanntlich schrumpft dann ja nicht nur der Wert der Ersparnisse, sondern ebenfalls der Wert von Schulden. Auch von Staatsschulden.

Strauss-Kahn: In einer solchen Krise gibt es keine Politik ohne Risiken. Die Frage ist doch, wo stecken die wirklich großen Risiken? Und die Gefahr, dass die Nachfrage zu früh abgewürgt wird, bewerte ich derzeit höher als die Inflationsgefahr.

SPIEGEL: Die Bürger in den USA sparen erstmals seit langem wieder, aber konsumieren dafür weniger. Gut oder schlecht?

Strauss-Kahn: Beides. Über Jahrzehnte waren Amerikas Verbraucher der Motor fürs weltweite Wirtschaftswachstum. Nun ändert zumindest die Generation zwischen 25 und 45 Jahren ihr Verhalten. Wird der Trend zur Sparsamkeit anhalten? Ich weiß es nicht. Aber wenn ja, wirft das eine neue Frage auf: Wer wird die Rolle einnehmen, die der US-Verbraucher in den vergangenen 25 Jahren gespielt hat?

SPIEGEL: Die Chinesen vielleicht?

Strauss-Kahn: Es ist nicht klar, ob das passieren wird. Aber selbst wenn es passiert, löst das nicht das ganze Problem. Die Chinesen investieren vor allem in grundlegende Güter, in Bildung und in Infrastruktur. Amerikaner kaufen andere Waren, vor allem im Bereich der Hochtechnologie.

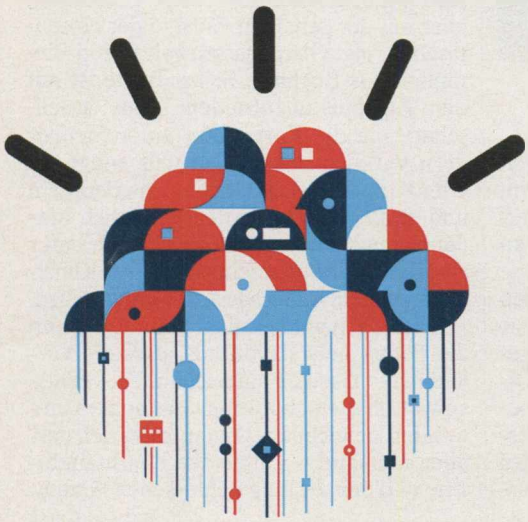
SPIEGEL: Aber sind die US-Konsumenten nicht gut beraten, nach all den Jahrzehnten des Lebens auf Pump mehr zu sparen?

Strauss-Kahn: Was für den Einzelnen richtig ist, kann neue Probleme für die Weltwirtschaft schaffen. Wir müssen andere Wachstumsquellen finden, wir können nicht einfach sagen: Die Brasilianer, Inder oder Chinesen werden mehr kaufen.

SPIEGEL: Nobelpreisträger Paul Samuelson schlägt eine andere Lösung vor: Slow down, ruft er den USA zu, entschleunigt den Kapitalismus; das Wirtschaftwachstum sollte seiner Ansicht nach niedriger, aber dafür nachhaltiger ausfallen.

Strauss-Kahn: Samuelson hat recht, das Wachstum wird in Zukunft wahrscheinlich niedriger ausfallen. Aber trotzdem: Wer für ein verlangsamtes Wachstum plädiert, muss auch darauf hinweisen, dass dies weltweit zu höherer Arbeitslosigkeit führen wird.

SPIEGEL: Herr Strauss-Kahn, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Ideen für einen smarten Planeten

Supercomputer arbeiten für jedermann.

Muss wirklich jeder, der Rechenleistung benötigt, den Aufwand für ein eigenes Rechenzentrum betreiben: für Stromversorgung, Kühlung, Sicherheit - und für Reservekapazitäten, die dann doch die meiste Zeit brachliegen? Es ist an der Zeit, den Umgang mit dieser Ressource einfacher und intelligenter zu gestalten. Mit innovativen Technologien wie Cloud Computing kann man Rechenleistung heute zuverlässig und nach Bedarf punktgenau zur Verfügung stellen, wo, wann und wie sie gebraucht wird. Mit einem Wort, smart. Welchen Beitrag IBM dazu leistet, erfahren Sie unter **ibm.com/think/de/cloud**

THINK

IBM, das IBM Logo und ibm.com sind Marken oder eingetr. Marken der International Business Machines Corp. in der Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Andere Namen von Firmen, Produkten und Dienstleistungen können Marken oder eingetr. Marken ihrer jeweiligen Inhaber sein. © 2009 IBM Corp. Alle Rechte vorbehalten. O&M IBM L 48/09